

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Sechs Jahre nach dem GAU in Tschernobyl verweist Magdalena Hoff auf Konsequenzen: "Global denken - lokal handeln".

Seite 1

Horst Sielaff wirft den evangelischen Kirchen vor, bei der Hilfe für Deutsche in Rußland versagt zu haben: "Verantwortung sichtbarer wahrnehmen?".

Seite 3

Barbara Simons skizziert die Aufgaben einer zukünftigen Nord-Süd-Kooperation: "Eine neue globale Partnerschaft".

Seite 4

47. Jahrgang / 80

27. April 1992

### Von Tschernobyl bis Cattenom Global denken - lokal handeln

#### Von Magdalena Hoff MdEP

Am 26. April 1986 ereignete sich die wohl folgenreichste Katastrophe in der Technikgeschichte: Der GAU (größer anzunehmender Unfall) im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl. Diese Havarie überzog ganz Mittel- und Osteuropa mit Radioaktivität. Sie hat nach inoffiziellen Angaben seitens der ehemaligen sowjetischen Administration bereits mehrere Hundert Todesopfer gefordert. Inoffizielle Schätzungen der bisherigen tatsächlichen Todesopfer liegen jedoch deutlich höher, in den nächsten Jahrzehnten werden zudem noch Zehntausende von Menschen an den Folgen der Strahlung sterben. Städte, Dörfer und weite landwirtschaftliche Flächen wurden atomar vergiftet. Die Evakuierungen halten an. Auch sechs Jahre nach dem GAU in der Ukraine regiert das Grauen in einem Umkreis von vielen Hundert Kilometern um den geborstenen Reaktor. Diese Havarie hat die ehemalige UdSSR bisher bereits mehr als 20 Milliarden Rubel (inoffizielle Schätzung) gekostet - dies entspricht einer Summe von weit mehr als 60 Milliarden DM. Mit radioaktiv strahlendem Fall-out wurde ganz Mittel- und Osteuropa überzogen. Der Hauptteil dieses Atomaren Fall-outs ging jedoch über sowjetischem Territorium nieder - im Grenzgebiet zwischen der Ukraine, Weißrußland und der Russischen Föderation.

Der verunglückte Reaktor in Tschernobyl gehörte zur sogenannten RBMK-Reaktorlinie. Derzeit sind in der ehemaligen UdSSR noch 15 sogenannte Druckröhren-Reaktoren dieses Typs in Betriebe. Bei der Konstruktion dieser Reaktorlinie standen einst vor allem militärische Bedürfnisse im Vordergrund. Wegen ihrer völlig veralteten Technik und ihrer inhärenten Sicherheitsprobleme stellen diese Reaktoren heute das größte Gefahrenpotential für Osteuropa und auch im globalen Maßstab dar. Die Gefährlichkeit dieses Reaktortyps und die auch über Westeuropa wie ein Damoklesschwert hängende Drohung eines nuklearen Unfalls in Osteuropa wurde erst in den letzten Wochen durch den Unfall im Kernkraftwerk Sosnowy-Bor bei St. Petersburg (ehemals Leningrad) unterstrichen.

Nicht nur die RBMK-Reaktoren vom Typ Tschernobyl, sondern auch alle später entwickelten russischen Reaktorlinien sind jedoch mit inhärenten Sicherheitsproblemen belastet. Trotzdem erzwingen in den ehemaligen Republiken der UdSSR häufig dringende Energieprobleme eine Aufrechterhaltung der Elektrizitätsproduktion auch mit diesen Reaktoren. Es muß überprüft werden, ob nicht im Rahmen einer umfas-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Presshaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Benötigter Umgang  
mit radioaktivem Material  
Recycling-Papier



senden Ost-West-Kooperation durch technische Nachbesserungen und Schulungen trotz aller Schwierigkeiten die bestehenden Kernkraftanlagen Osteuropas sicherer gemacht werden könnten. Solche Hilfen könnten sich zunächst auf die von der EG bewilligten Mittel in der Größenordnung von 50 Millionen ECU für technische Hilfe stützen. Daneben bieten unter anderem die Phare-Programme ebenfalls Möglichkeiten für Hilfestellungen.

Solche Hilfestellungen des Westens zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus in osteuropäischen Kernkraftwerken sind nicht zuletzt auch im wohlverstandenen westlichen Eigentinteresse, da - Stichwort Tschernobyl - jeder größere Störfall in Osteuropa auch im Westen verheerende Folgen zeitigen und zwangsläufig auch zu heftigen Reaktionen gegen die Kernkraft im Westen führen würde, was im Extremfall sogar das endgültige Aus für die Kernkraft im Westen bedeuten könnte.

Es fragt sich in diesem Zusammenhang tatsächlich, inwieweit die Kernkraft weltweit noch eine zukunftsweisende Energietechnologie darstellt, da bis heute ihre Sicherheitsprobleme nicht gänzlich ausgeräumt werden konnten und die Entsorgungsprobleme (Endlagerung radioaktiver Abfälle etc.) in keinem der Länder, die Atomkraftwerke betreiben, bisher hinlänglich gelöst wurden. Zwar wird im Zusammenhang mit der drohenden Weltklimagefahr aufgrund von CO<sub>2</sub>-Emissionen, die bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Gas) entstehen, von einer Renaissance der Nukleartechnologie gesprochen. Doch aufgrund der auch für westliche Kernkraftwerke nicht ausgeräumten Sicherheitsprobleme und der ungelösten Entsorgungsprobleme fragt es sich, ob hier nicht der Teufel mit dem Belzeubub ausgetrieben würde.

Gerade diese Gefahren und Probleme - Gefahren der Kernenergie einerseits und Klimagefahren bei der Verbrennung fossiler Energieträger andererseits - legen die Frage nahe, welche Folgerungen auf lokaler und regionaler Ebene gezogen werden könnten. Es ist zu fragen, ob die globalen Probleme nicht vor Ort auch entschärft werden könnten durch kommunale und regionale Energiekonzepte, die insbesondere Energieeinsparung in den Vordergrund stellen und sich ansonsten auf emissionsarme Energieträger (alternative Energien, Emissionsreduzierung bei fossilen Energieträgern etc.) stützen.

Wegweisend bei der Entwicklung solcher lokaler und regionaler Energiekonzepte sind die Stadtwerke Saarbrücken und das Saarland. Insbesondere die Stadtwerke Saarbrücken sind bei der Entwicklung "neuer Energiephilosophien", die insbesondere das Energiesparverhalten und eine geänderte Zielsetzung bei den Energieproduzenten in den Vordergrund stellen, führend und haben auch über die deutschen Grenzen hinaus eine Vorreiterfunktion eingenommen. Es fragt sich, welche Lehren vielleicht auch in Luxemburg aus diesen Erfahrungen gezogen werden könnten.

In diesem Zusammenhang sollte noch einmal daran erinnert werden, daß in unmittelbarer Nachbarschaft Luxemburgs mit der Centrale Cattenom eines der größten Kernkraftwerke der Welt mit vier Reaktorblöcken errichtet worden ist. Auch wenn zugegebenermaßen die Sicherheitsstandards dieses Kraftwerks nicht mit denen in Osteuropa verglichen werden dürfen, so bestehen doch auch gerade in unmittelbarer Nachbarschaft dieses Kraftwerks auf luxemburger und deutscher Seite weiterhin ernste Befürchtungen, zumal auch bei kleineren Störfällen häufig eine nicht immer ausreichende Informationspolitik von französischer Seite betrieben wurde. Es bleibt abzuwarten, ob nach dem Mitterrand-Besuch zu Anfang dieses Jahres die versprochene Verbesserung in dieser Informationspolitik eintreten wird. Welche Gefahren von einem solchen Kraftwerk in unmittelbarer Nähe ausgehen können, ist gerade hier in Luxemburg im Zusammenhang mit dem Erdbeben am 13. April wieder schlagartig deutlich geworden. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß nach dem auch im südhessischen Biblis zu spürenden Erdbeben der dortige Block A des Kernkraftwerkes nach Mitteilung des hessischen Umweltministeriums in Wiesbaden zunächst nicht wieder ans Netz gehen darf, bis durch ein Gutachten eine Neubewertung des Erdbebenrisikos vorgenommen worden ist.

(-/27. April 1992/jr/ir)

\*\*\*\*\*

**Verantwortung sichtbarer wahrnehmen**  
**Die evangelischen Kirchen haben bei der Hilfe für Deutsche in Rußland versagt**

**Von Horst Siesaff MdB**

Nach wie vor spielt die Religiosität bei den Deutschen in Rußland eine besonders wichtige Rolle. Viele Deutsche haben teilweise unter unvorstellbaren Leiden ihr Christentum trotz Unterdrückungs- und Verbotsversuchen des Kommunismus bewahrt.

Nun können sie sich - häufig noch verängstigt durch Erlebnisse in der Vergangenheit - zwar wieder frei und öffentlich versammeln, müssen aber feststellen, daß die Evangelische Kirchen in Deutschland ihre Glaubensbrüder und -schwestern weiterhin alleine lassen. Hilfen durch die Kirchen aus Deutschland für den Aufbau der Gemeinden oder die Ausbildung von Pastoren werden bis jetzt nicht gegeben.

Zwar fahren Pfarrer oftmals mit Hilfsgütern in die GU-Staaten, aber ihren Talar und ihre Bibeln lassen sie offensichtlich zu Hause. Viele Geistliche machen kurze Besuche bei Hilfstransporten ohne den Gemeinden seelsorgerische und gottesdienstliche Hilfe zuteil werden zu lassen.

Für die Botschaftsangehörigen und die Bundesbürger in Moskau, Kiew und anderswo steht ein Pfarrer der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Verfügung, die zerstreuten Gemeinden der Rußland-Deutschen im Wolga-Gebiet, im Altai oder im Ural kennt dieser aber nicht, da sie offiziell nicht zu seinem Aufgabengebiet gehören. Dabei hätten gerade diese Menschen Beistand und Hilfe dringend nötig.

Auslandspfarrer der Evangelischen Kirche in Deutschland gibt es an vielen Enden der Welt, bei den Deutschen in Rußland gibt es sie nicht.

Noch nie oder zumindest seit Jahren nicht mehr war ein evangelischer Geistlicher aus Deutschland bei ihnen. Gerade jetzt, wo viele Menschen nach Gottesdiensten und der christlichen Botschaft geradezu hungern, wo viele Menschen getauft werden wollen und junge Leute nach christlicher Orientierung fragen und eine neue "Erweckungsbewegung" in Rußland entsteht, glänzt die evangelische Kirche durch Abwesenheit von Pastoren und Pfarrern.

Nicht Hilfstransporte mit Nahrungsmitteln, sondern vielmehr geistlicher Beistand ist größter Wunsch dieser Menschen. Bei Treffen und Gottesdiensten in Marx, Saratow, Karmischen, Barناول, Slawgorod, Perm und Solikamsk wurde dies immer wieder betont.

Statt der Kirche machte es sich der VDA zur Aufgabe einen Geistlichen der evangelischen Kirche mit biblischen Heften und Bibeln in die Siedlungsgebiete der Deutschen nach Rußland zu bringen.

Die mögliche Ausrede der evangelischen Kirchen, der Bischof der Lutherischen Kirche der Deutschen in der ehemaligen UdSSR mit Sitz in Riga wäre zuständig, erscheint wenig glaubwürdig. Der über siebzigjährige Bischof wäre überfordert, außerdem gehört das Baltikum politisch nicht zu den GU-Staaten.

Dabei gäbe es viele Möglichkeiten kurzfristig zu helfen, zum Beispiel die Entsendung von früh-pensionierten Pastoren als Geistliche in die GU-Staaten. Christliche Bruderschaft könnten deutsche Pfarrer beweisen, indem sie ihre Urlaubszeit den deutschen Mitchristen in Rußland zur Verfügung stellen.

All dieses wäre zudem mit wenig Aufwand und ohne viele zusätzliche Finanzmittel möglich.

Die römisch-katholische Kirche nimmt ihre Aufgabe bewußter wahr. Ihre entsandten Priester leisten gute Dienste, häufig beerdigen sie ihre evangelischen Mitchristen auf Drängen und Bitten der Hinterbliebenen. Es entstehen neue Kirchen für die katholischen Christen. Ähnlich positiv ist die Entwicklung bei den Baptisten, in vielen Orten sieht man schon von weitem ihre Bethäuser. Die geistliche Not der evangelisch-lutherischen Christen ist so groß, daß oft selbst die russisch-orthodoxen Geistlichen seelsorgerischen Beistand geben und im Sinne des ökumenischen Geistes ihren evangelischen Mitchristen helfen.

Die reiche evangelische Kirche in Deutschland sollte ihre Verantwortung für die Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion bewußter und sichtbarer wahrnehmen. Noch hat sie die Chance dazu. Die evangelischen Christen in Rußland verstehen ihre Mitchristen in Deutschland nicht

mehr. "Ihr könnt uns doch helfen, gebt unseren Kindern Wegweisung und helft unseren Brüdern bei der rechten Auslegung von Gottes Wort!", lautet die immer wieder geäußerte und berechnete Bitte der Christen.

Wie dringend eine baldige Unterstützung ist, zeigt sich auch an der Altersstruktur der Gemeinden. Neue Impulse von außen könnten ihnen wieder junge Christen zuführen und damit nicht nur den Bestand der Gemeinden sichern, sondern zu einem erneuerten, alternativen Gemeindeleben beitragen.

(-/27. April 1992/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Eine neue globale Partnerschaft Aufgaben zukünftiger Nord-Süd-Kooperation

Von Barbara Simons MdEP

In seinem Mai-Plenum wird das Europäische Parlament eine große Debatte zur Entwicklungs- und Zusammenarbeit führen. Im Mittelpunkt steht die Diskussion um das Konzept einer neuen weltweiten Partnerschaft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

Die Debatte unter dem Motto "Auf dem Weg zu einer neuen Welt-Partnerschaft", liegen zwölf Einzelberichte des Entwicklungsausschusses zugrunde, die die großen Themen der Nord-Süd-Politik behandeln:

- Ökologie
- Verschuldung
- Strukturanpassung
- Handel
- ländliche Entwicklung
- Bevölkerungswachstum

Die Berichte sind zusammengefaßt in einem Appell, der die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten zu einer radikalen Umkehr ihrer Politiken auffordert im Interesse des Überlebens von Menschheit und Natur. Die Forderungen zielen konkret unter anderem auf eine Reform der Vereinten Nationen, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, sowie auf eine Umgestaltung der EG-Entwicklungspolitik, die eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche der Gemeinschaft werden muß. Die Neuordnung der mit Aufgaben der Nord-Süd-Kooperation betrauten Dienste der EG-Kommission ist dafür eine organisatorische wesentliche Voraussetzung.

Von den Aufgaben, die in diesem Rahmen einer neuen Welt-Partnerschaft zu lösen sind, werden die Schuldenproblematik, die Strukturanpassungen, die Hungerhilfe, die sozialen Aspekte von Entwicklung sowie ihr Zusammenhang mit der Umweltproblematik in den Mittelpunkt gestellt. Gefordert wird unter anderem eine Ausweitung des Schuldennachlasses insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, eine Ausrichtung der Hilfen an den ökonomischen und sozialen Bedürfnissen der Empfängerländer sowie die Demokratisierung von IWF und Weltbank insbesondere die Abschaffung der Blockademöglichkeit eines einzelnen Staates durch Einlegen eines Vetos. Unter der Schirmherrschaft der UNO soll außerdem eine Entschuldungskonferenz stattfinden und ein internationaler Schlichtungsausschuß zur Befriedung lokaler Konflikte eingesetzt werden. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wird auf den Ausbau der Beziehungen zu den Staaten Asiens und Lateinamerikas, ein neues Herangehen an die Lome-Abkommen sowie auf ein von der Kommission zu erarbeitendes Programm gedrungen, das auf die Errichtung einer neuen Welt-Partnerschaft zielt.

Schon 1972 haben sich die damals sechs Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Paris zu einer gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik bekannt, die auf der Grundlage einer neuen gerechten Beziehung zu den Entwicklungsländern weltweit wirksam werden sollte. Dieser Grundsatz ist bis heute nicht erfüllt. Ein Grund hierfür ist der Ost-West-Konflikt, dessen die weltweite Entwicklung weitgehend unterworfen war. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergeben sich - neben der Gefahr von allgemeiner Destabilisierung - auch Chancen einer neuen globalen Partnerschaft zwischen den Völkern des Nordens und des Südens. Der Europäischen Gemeinschaft kommt dabei eine herausragende Rolle zu.

(-/23.4.1992/hgs/fr)